



Niederschrift

über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses 3/2003-2008 am 10.11.2003 im Rathaus

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 22.35 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender	Michael Meschede
Ausschussmitglied	Dietmar Bittner
Ausschussmitglied	Elisabeth von Bressensdorf
Ausschussmitglied	Folker Brocks
Ausschussmitglied	Mariano Córdova (bis TOP 4)
Ausschussmitglied	Edda Lessing
Ausschussmitglied	Dieter Pemöller
Ausschussmitglied	Clauss-Dieter Rommerskirchen
Ausschussmitglied	Carsten Schäfer
Ausschussmitglied	Jörg Schlömann (für AM Schümann)
Ausschussmitglied	Joachim Süme zugleich als Bürgervorsteher

Bürgermeister Volker Dornquast

seitens der Gemeindeverwaltung Bärbel Brix als Protokollführerin
Oliver Heindl
Jens Richter

als ZuhörerIn Annegret Horn als Gleichstellungsbeauftragte
(bis Top 4, 21:10 Uhr)

Tagesordnung:

- 1. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
- 2. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses 2/2003-2008 am 08.09.2003**
- 3. Sonderbericht zu den Haushaltsberatungen 2004**
- 4. Beratung über den 1. Entwurf des Verwaltungshaushaltes 2004 einschließlich Finanzplan für den Zeitraum 2004 bis 2007**
- 5. Beratung über den 1. Entwurf des Investitionsplanes für den Durchführungszeitraum 2004 bis 2007**



6. Abwasserbeseitigung

- A) Kalkulation der Abwassergebühren 2004**
- B) Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Schmutzwasserbeseitigung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Schmutzwassergebührensatzung)**
- C) Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Niederschlagswasserbeseitigung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Niederschlagswassergebührensatzung)**

7. Fortsetzung des Servicevertrages mit der Wirtschaftsförderungs-, Entwicklungs- und Planungsgesellschaft der Kreise Pinneberg und Segeberg mbH (WEP)

8. Unterrichtungen / Anfragen

9. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner

Ausschussvorsitzender Michael Meschede eröffnet die Sitzung. Er begrüßt die anwesenden Personen und stellt Beschlussfähigkeit fest.

Aufgrund des einstimmig angenommenen Antrages der WHU-Fraktion – Herrn Schäfer – werden die Tagesordnungspunkte 6 und 7 vorgezogen und nach Tagesordnungspunkt 3 beraten.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Es werden keine Fragen gestellt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

„Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses 2/2003-2008 am 08.09.2003“

Gegen die Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses 2/2003-2008 am 08.09.2003 werden keine Einwände erhoben. Die Niederschrift ist genehmigt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Sonderbericht zu den Haushaltsberatungen 2004“

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Mitgliedern des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Sonderbericht Nr. 1/05/2003 vom 18.09.2003 zugegangen.



Bürgermeister Dornquast erläutert den Sonderbericht und geht auf die Verschuldensentwicklung ein. Die Fragen der Ausschussmitglieder werden von Bürgermeister Dornquast beantwortet.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

„Abwasserbeseitigung

- A) Kalkulation der Abwassergebühren 2004**
- B) Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Schmutzwasserbeseitigung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Schmutzwassergebührensatzung)**
- C) Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Niederschlagswasserbeseitigung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Niederschlagswassergebührensatzung)“**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Mitgliedern des Finanz- und Wirtschaftsausschusses eine Beratungsunterlage einschließlich Kalkulation der Abwassergebühren sowie der jeweilige Satzungsentwurf zu B) und C) zugegangen. Kurz vor Sitzungsbeginn ist den Ausschussmitgliedern eine Änderung der jeweiligen Satzungsentwürfe in Form einer Tischvorlage zugegangen.

Bürgermeister Dornquast trägt vor, dass es sich bei den Kanalnetzen für die Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung um öffentliche, kostenrechnende Einrichtungen handelt, die kostendeckend zu führen sind.

Die Gemeinde Henstedt-Ulzburg betreibt ein getrenntes System für die Schmutz- und Niederschlagsentwässerung. Für dieses System eine einheitliche Gebühr zu erheben, ist mittlerweile nach durchgängiger Rechtsprechung nicht mehr zulässig. Demnach muss eine getrennte Berechnung dieser Gebühr als Schmutzwassergebühr und als Niederschlagswassergebühr nach den jeweils zulässigen Gebührenmaßstäben und Berechnungsgrundlagen erfolgen.

Darüber hinaus berichtet Bürgermeister Dornquast über das mehrstufige System zur Einführung der Niederschlagswassergebühr und den bisher durchgeführten Arbeiten.

Auf Nachfrage von Herrn Schäfer erklärt Bürgermeister Dornquast, dass die Satzungen keine unterschiedliche Behandlung zwischen Privathaushalten und Gewerbebetrieben vorsehen.

Inwieweit eine Belastung auf die Bürger zukommt, die bereits angeschlossen sind (Frage Herr Peemöller), hängt zum einen von der Grundgebühr (→ diese wird erhoben von allen, die tatsächlich an das Netz angeschlossen sind) und zum anderen von der Benutzungsgebühr (→ diese wird erhoben von allen, die tatsächlich einleiten) ab.

Die Fragen von Herrn Schäfer und Herrn Rauen zur Bildung von Rücklagen oder sonstiger Sicherung der Abschreibungsbeträge - die anteilig in der vom Bürger zu zahlenden Gebühr enthalten sind - werden dahingehend beantwortet, dass sich die gemeindlichen Gremien darauf verständigt haben, die Abschreibungsbeträge für diese Anlagen direkt in die Sanierung des Kanalnetzes zu investieren. Alternativ dazu könnte eine Abschreibungsrücklage gebildet werden.



Gesetzliche Rahmenbedingung ist, dass mindestens der Anteil der Abschreibungen in Höhe der erhaltenen Zuschüsse und Beiträge in den Vermögenshaushalt zwecks Reinvestition bzw. als Abschreibungsrücklage zu überführen ist, sofern die Einrichtung einen hohen Kostendeckungsgrad erwirtschaftet und ein ausgeglichener Verwaltungshaushalt dies zulässt.

Beschluss:

A) Kalkulation der Abwassergebühren 2004

**Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss erkennt die Grundlagen für die Ermittlung der Abwassergebühren in Höhe von
0,77 €/m³ für Hauskläranlagen,
7,40 €/m³ für Sammelgruben,
1,97 €/m³ für Schmutzwasserkanal,
0,38 €/m² Grundgebühr und
0,14 €/m² Benutzungsgebühr für Niederschlagswasserkanal an.**

Beschlussfassung:

Einstimmig

Beschluss:

B) Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Schmutzwasserbeseitigung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Schmutzwassergebührensatzung)

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Schmutzwasserbeseitigung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Schmutzwassergebührensatzung) gemäß Vorlage zu beschließen.

Beschlussfassung:

Einstimmig

Beschluss:

C) Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Niederschlagswasserbeseitigung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Niederschlagswassergebührensatzung)

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Niederschlagswasserbeseitigung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Niederschlagswassergebührensatzung) gemäß Vorlage zu beschließen.

Beschlussfassung:

Einstimmig



Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

„Fortsetzung des Servicevertrages mit der Wirtschaftsförderungs-, Entwicklungs- und Planungsgesellschaft der Kreise Pinneberg und Segeberg mbH (WEP)“

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Mitgliedern des Finanz- und Wirtschaftsausschusses eine Beratungsunterlage zugegangen.

Bürgermeister Dornquast berichtet über das Vertragsverhältnis mit der Wirtschaftsförderungs-, Entwicklungs- und Planungsgesellschaft der Kreise Pinneberg und Segeberg mbH (WEP) und schlägt vor, keinen neuen Servicevertrag über die Vermarktung von Gewerbeflächen mit der WEP abzuschließen.

Einzelfragen (Herr Schäfer) werden von Bürgermeister Dornquast beantwortet.

Beschluss:

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt, auf der Grundlage eines gemeinsamen Vorgehens der hauptamtlich verwalteten Städte und Gemeinden im Kreis Segeberg keinen neuen Servicevertrag für die Vermarktung von Gewerbeflächen in Henstedt-Ulzburg mit der WEP abzuschließen.

Beschlussfassung:

Einstimmig

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

„Beratung über den 1. Entwurf des Verwaltungshaushaltes 2004 einschließlich Finanzplan für den Zeitraum 2004 bis 2007“

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Mitgliedern des Finanz- und Wirtschaftsausschusses eine Beratungsunterlage, der 1. Entwurf des Verwaltungshaushaltes 2004 und der dazugehörige Finanzplan für den Zeitraum 2004 bis 2007 zugegangen.

Bürgermeister Dornquast informiert die Ausschussmitglieder über erste bekannte Daten aus der Steuerschätzung November 2003. Diese Daten geben zunächst die Bewertung auf Bundesebene wieder und können erst nach erfolgter Berechnung und Bekanntgabe zum Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern Planungsgrundlage für den kommunalen Finanzausgleich bilden.

Anhand eigener Einschätzung aufgrund tatsächlicher Zahlungseingänge der vergangenen drei Quartale des Jahres 2003 sind Mindereinnahmen bei der Umsatzsteuer in Höhe von rd. 9.600,00 EUR und beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in Höhe von rd. 73.100,00 EUR zu erwarten.

Bürgermeister Dornquast weist auf die Unsicherheiten für den Haushalt 2004 hin, die sich aus nicht abgeschlossenen Gesetzgebungsverfahren zum Steuerpaket (Korb II-Gesetz, Gemeindefinanzreformgesetz, Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit, Unternehmenssteuerfortentwicklungsgesetz) und zur Gemeindefinanzreform ergeben.



Über die Aktivitäten aller Kommunen zum Aktionstag „Rettet die Kommunen“, aufgerufen durch die kommunalen Spitzenverbände, wird berichtet.

Der Verwaltungshaushalt 2004 wird von den Ausschussmitgliedern abschnittsweise besprochen und beraten.

Die Ausschussmitglieder bitten Herrn Heindl um Informationen zur Haushaltsstelle 02000.5210 „Unterhaltung und Ergänzung der EDV-Anlage“. Es wird die Frage gestellt, ob eine gebündelte Unternehmenslizenz günstiger ist als die Einzellizenzen je Arbeitsplatz. Herr Heindl verneint diese Frage und stellt klar, dass die über den Rahmenvertrag der Datenzentrale Schleswig-Holstein mit der Fa. Microsoft Deutschland GmbH erworbenen Einzellizenzen insgesamt günstiger sind.

Zum Haushaltstitel 02500.6520 „Fachliteratur Gleichstellungsbeauftragte“ teilt Bürgermeister Dornquast mit, dass eine Erhöhung um 100,00 EUR auf 300,00 EUR notwendig ist. Frau Horn begründet diese Änderung.

Zum Abschnitt „Brandschutz“ sind die Ausschussmitglieder einig darin, dass der Etat für die Fachliteratur der Feuerwehren wie folgt gekürzt wird:

- in EUR -						
13100.6520	von	800,00	um	500,00	auf	300,00
13200.6520	von	800,00	um	500,00	auf	300,00
13300.6520	von	200,00	um	100,00	auf	100,00

Frau Honerlah stellt fest, dass 10.000,00 EUR an Ausbildungskosten für die Feuerwehrkapelle viel Geld ist. Darüber hinaus erhält die Kapelle regelmäßig Beträge für die Ausstattung mit Musikinstrumenten. Sie regt an, einen Kostenvergleich mit Feuerwehren anderer Kommunen hinsichtlich Kosten und Ausstattung anzustellen.

Die Ausschussmitglieder beraten über die gestiegenen Bewirtschaftungskosten der gemeindlichen Liegenschaften und bitten um einen Bericht, der eine Gegenüberstellung der tatsächlich abgerechneten Kosten vor und nach Abschluss des Wärmelieferungsvertrages unter Berücksichtigung des erzielten Verkaufserlöses beinhaltet (Wirtschaftlichkeitsberechnung).

Die SPD-Fraktion – Frau Lessing – erbittet zur Haushaltsstelle 21130.5300 „Erbpacht Grundschule Ulzburg-Süd“ einen Bericht über die Vertragsgrundlagen.

Herr Mariano Córdova verlässt die Sitzung.

Die Fraktionen sind sich einig, dass für die Miniaturgolfanlage planmäßige Ausgaben nur in Höhe der Einnahmen veranschlagt werden. Die Kürzung um 1.100,00 EUR auf nunmehr 900,00 EUR ist beim Haushaltstitel 59000.5200 „Unterhaltung und Ergänzung des beweglichen Vermögens“ vorzunehmen.

Zur Haushaltsstelle 72000.5900 „Gartenmüllaktion“ schlägt Frau Lessing von der SPD-Fraktion vor, einen Eigenanteil von den Bürgern zu erheben, die ihre Gartenabfälle zur Verwertung in die landwirtschaftlichen Kompostieranlage „Op'n Haidbarg“ (Inhaber: Dirk



Rohlfing) anliefern. Es kommt die Frage auf, ob ggf. durch Herrn Rohlfing festgestellt werden kann, wieviele Einwohner die kostenfreie Entsorgung nutzen und ob eine vertragliche Anpassung hinsichtlich eines Eigenanteiles möglich ist. Die Verwaltung weist auf die jährlichen Berichte im zuständigen Ausschuss.

Herr Süme von der CDU-Fraktion bittet um einen Entwicklungsbericht zum Einsatz der Buslinie in das Gewerbegebiet Ulzburg; der Bericht sollte insbesondere Angaben über Vertragslaufzeit und Kündigungsfrist enthalten.

Die Sitzung wird für eine kleine Pause unterbrochen.

Frau Lessing beantragt für die SPD-Fraktion,

den zur Haushaltsstelle 61000.5900 „Kosten der Ortsplanung einschließl. F-Plan, Landschafts- und Strukturplan“ veranschlagten Betrag in Höhe von 220.000,00 EUR um 93.400,00 EUR auf den Vorjahresansatz in Höhe von 126.600,00 EUR herabzusetzen.

Der Antrag wird bei

4 Stimmen dafür (Bittner, Lessing, Peemöller, Schäfer)

mit

6 Stimmen dagegen (v. Bressensdorf, Brocks, Meschede, Rommerskirchen, Schlömann, Süme)

abgelehnt.

Herr Süme beantragt für die CDU-Fraktion, folgende Ansätze des 1. Entwurfes zum Verwaltungshaushalt 2004 um die jeweils nachstehend aufgeführten Beträge zu kürzen:

- Einzelplan 0-9, Untergruppen 5000, „Bauliche Unterhaltung“ insgesamt um 54.000,00 EUR
- 58000.5100 „Unterhaltung der Park- und Gartenanlagen“ um 50.000,00 EUR
- 63000.5100 „Unterhaltungskosten Gemeindestraßen“ um 20.000,00 EUR
- 78000.5100 „Unterhaltung der landwirtschaftlichen Wirtschaftswege“ um 3.000,00 EUR,
- 88000.5900 „Kosten für die Vermarktung von Gewerbeflächen“ um 5.000,00 EUR
- 91000.4700 „Deckungsreserve Personalausgaben“ um 46.000,00 EUR

Es ergibt sich eine rege Diskussion und es bestehen unterschiedliche Auffassungen zwischen den Fraktionen um die Frage, wo im Verwaltungshaushalt 2004 der Schwerpunkt für die Kürzungen liegen sollte. Als Ergebnis dieser Beratung werden die Anträge der CDU-Fraktion in der nachstehenden Form zur Abstimmung gestellt.

Herr Schäfer von der WHU-Fraktion beantragt getrennte Abstimmung über den vorstehenden Antrag der CDU-Fraktion.

Der Antrag der CDU-Fraktion,

den Gesamtbetrag „Bauliche Unterhaltung“ der Einzelpläne 0-9, Untergruppe 5000, insgesamt um 37.000,00 EUR zu kürzen

wird mit

6 Stimmen dafür (v. Bressensdorf, Brocks, Meschede, Rommerskirchen, Schlömann, Süme)

bei

4 Stimmen dagegen (Bittner, Lessing, Peemöller, Schäfer)

angenommen.



Der Antrag der CDU-Fraktion, den Betrag für die Unterhaltung der Park- und Gartenanlagen“ bei Haushaltsstelle 58000.5100 um 50.000,00 EUR zu kürzen
wird mit 6 Stimmen dafür (v. Bressensdorf, Brocks, Meschede, Rommerskirchen, Schlömann, Süme)
bei 3 Stimmen dagegen (Bittner, Lessing, Peemöller) und 1 Enthaltung (Schäfer)
angenommen.

Der Antrag der CDU-Fraktion, den Betrag für die Unterhaltungskosten der Gemeindestraßen bei Haushaltsstelle 63000.5100 um 20.000,00 EUR zu kürzen
wird mit 7 Stimmen dafür (v. Bressensdorf, Brocks, Meschede, Rommerskirchen, Schäfer, Schlömann, Süme)
bei 3 Stimmen dagegen (Bittner, Lessing, Peemöller,)
angenommen.

Der Antrag der CDU-Fraktion, den Betrag für die Unterhaltung landwirtschaftlichen Wirtschaftswege bei Haushaltsstelle 78000.5100 um 3.000,00 EUR zu kürzen
wird mit 7 Stimmen dafür (v. Bressensdorf, Brocks, Meschede, Rommerskirchen, Schäfer, Schlömann, Süme)
bei 3 Stimmen dagegen (Bittner, Lessing, Peemöller,)
angenommen.

Der Antrag der CDU-Fraktion, den Betrag für die Vermarktung von Gewerbeflächen bei Haushaltsstelle 88000.5900 um 5.000,00 EUR zu kürzen
wird mit 6 Stimmen dafür (v. Bressensdorf, Brocks, Meschede, Rommerskirchen, Schlömann, Süme)
bei 4 Stimmen dagegen (Bittner, Lessing, Peemöller, Schäfer)
angenommen.



Der Antrag der CDU-Fraktion, den Betrag für die Deckungsreserve Personalausgaben bei Haushaltsstelle 91000.4700 um den Differenzbetrag zwischen dem Fehlbetrag des Verwaltungshaushaltes 2004 in Höhe von 151.400,00 EUR gemäß Vorlage und den bereits beschlossenen Kürzungen zu reduzieren
wird mit 7 Stimmen dafür (v. Bressensdorf, Brocks, Meschede, Rommerskirchen, Schäfer, Schlömann, Süme)
bei 3 Stimmen dagegen (Bittner, Lessing, Peemöller)
angenommen.

Bürgermeister Dornquast präsentiert die Finanzplanung für die Jahre 2004 bis einschließlich 2007, erläutert die Einzelpläne und stellt insbesondere die voraussichtlichen Zuführungsbeträge zum Vermögenshaushalt dar.

Beschluss:

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss erkennt den Entwurf des Verwaltungshaushaltes 2004 mit den von der Verwaltung gebildeten Haushaltsansätzen einschließlich Finanzplanung für den Durchführungszeitraum 2004 bis einschließlich 2007 unter Berücksichtigung vorstehend beschlossener Änderungen an. Die noch nicht in den Verwaltungshaushalt aufgenommenen Haushaltsansätze – wie in der Vorlage aufgeführt – sind in den Entwurf aufzunehmen; sodann erfolgt die abschließende Beratung im Finanz- und Wirtschaftsausschuss.

Beschlussfassung:

6 Stimmen dafür
3 Stimmen dagegen (Bittner, Lessing, Peemöller)
1 Stimmenthaltung (Schäfer)

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

„Beratung über den 1. Entwurf des Investitionsplanes für den Durchführungszeitraum 2004 bis 2007“

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Mitgliedern des Finanz- und Wirtschaftsausschusses eine Beratungsunterlage und der 1. Entwurf des Investitionsplanes für den Durchführungszeitraum 2004 bis 2007 zugegangen. Kurz vor Sitzungsbeginn ist den Ausschussmitgliedern ein schriftlicher Vermerk mit dem Titel „Anschaffungskosten Personal Computer / Verwaltung“ zugegangen.

Bürgermeister Dornquast stellt den Ausschussmitgliedern das Investitionsprogramm 2004 – 2007 vor und listet die zur Verfügung stehenden Einnahmen auf.

Auf Wunsch der Ausschussmitglieder erläutert Herr Heindl die Kosten für die Erweiterung der EDV-Anlage.



Herr Brocks hält die Anschaffungskosten für die Personalcomputer der Verwaltung für zu hoch angesetzt. Er schlägt vor, nicht nur die örtlichen und in der Umgebung liegenden Unternehmen im Rahmen eines beschränkten Ausschreibungsverfahrens einzubeziehen, sondern darüber hinaus Angebote der überregional tätigen Unternehmen einzuholen. Außerdem sieht Herr Brocks die durchschnittliche Nutzungsdauer der PC's mit fünf Jahren als zu niedrig an.

Auf Wunsch der Ausschussmitglieder ist der Anlage eine Auflistung der Einzelpositionen für die Erweiterung der EDV-Anlage aufgeführt. Eine weitere Anlage über die EDV-Anschaffungskosten wird nachgereicht.

Frau Lessing fragt, ob der marode Verbindungsgang zwischen Pausenhalle und Sporthalle der Grund- und Hauptschule am Beckersberg in den Sanierungskosten enthalten ist. Im Rahmen der Erstellung dieser Niederschrift wird mitgeteilt, dass diese Maßnahme im Investitionsprogramm zum Haushaltsjahr 2004 enthalten ist, soweit die einseitig zur Außenfassade liegenden Fenster dieses „Laubenganges“ betroffen sind (Nr. 19a).

Zur Maßnahme 34a) „Beleuchtungserneuerung in 20 Klassenräumen“ - Schule am Beckersberg - schlägt Frau Lessing vor, die veranschlagten Kosten auf zwei Jahre zu verteilen. Die Kostenverteilung sollte für alle Schulen, die eine Beleuchtungserneuerung erhalten, vorgenommen werden. Gleiches gilt für die Sonnenschutzerneuerung (41d.), wobei trotz Kostenverteilung auf zwei Jahre eine Ausschreibung im Paket erfolgen sollte. Die Auftragsvergabe zur Lasten der Haushaltsmittel des Folgejahres ist über eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung sicherzustellen.

Die Erstausrüstung der Realschule Rhen (2. BA) mit Inventar ist auf das Haushaltsjahr 2005 zu verschieben.

Die Kosten des Grünordnungsplanes für den B-Plan Nr. 99 „Schule Ulzburg-Süd Abschiedskoppel“ sollen in 3 Abschnitte gegliedert und auf 3 Haushaltsjahre verteilt werden.

Die Sanierung des Kinderspielplatzes Eichberg soll ebenfalls auf zwei Haushaltsjahre entfallen, wobei der überwiegende Teil der Kosten deutlich zu Lasten des Haushaltsjahres 2005 zu veranschlagen ist. Die Ausschussmitglieder schlagen vor, dass ein Plan zur standardmäßigen Ausstattung eines Kinderspielplatzes angefertigt wird, der auf alle vorhandenen Kinderspielplätze angewendet werden sollte.

Die Positionen Nr. 88 „Ausbau Kiefernweg“ und Nr. 130 e) „Aufforstungsmaßnahmen Immbarg“ sind zu streichen. Die Nummerierung des Investitionsplanes ist zu berichtigen.

Frau Lessing schlägt vor, die Position Nr. 74 „Neugestaltung Bürgerpark Beckersberg“ zu streichen, um so einen Ausgleich im Vermögenshaushalt herzustellen. Herr Süme hält dagegen und schlägt vor, die Einnahmen aus dem B-Plan Nr. 32 „Sport- und Freizeitzentrum Beckersberg“ abzuwarten, um dann die Neugestaltung des Bürgerparks durchzuführen.

Es ergibt sich eine strittige Diskussion.



Bürgermeister Dornquast schlägt vor, die Ausgaben für den Bürgerpark Beckersberg mit einem Sperrvermerk zu versehen und diese erst freizugeben, wenn die Einnahmen geflossen sind.

Herr Süme stellt für die CDU-Fraktion 3 Anträge, die im folgenden Verlauf der Diskussion erweitert werden, so dass diese wie nachstehend zur Abstimmung kommen:

Die CDU-Fraktion beantragt die Einnahmen aus den Verkäufen des B-Planes Nr. 32 der Rücklage zuzuführen. Daraus werden nach Fertigstellung der Planung die Baukosten für die Position Nr. 74 für die Skateranlage und den Bürgerpark finanziert.

**Der Antrag wird mit 6 Stimmen dafür
bei 4 Stimmen dagegen (Bittner, Lessing, Peemöller,
angenommen. Schäfer)**

Die CDU-Fraktion beantragt die Einnahmen aus den Verkäufen der B-Pläne Nr. 28 und Nr. 51 (Spielplatz Hohenbergen und ehemalige Tennisplätze bei der Schule) der Rücklage zuzuführen. Hieraus erfolgt die Finanzierung der EDV-Ausstattung und die Maßnahme zur Schulhofgestaltung für die Hauptschule gemäß Beschluss des Kultur- und Jugendausschusses.

**Der Antrag wird mit 7 Stimmen dafür
bei 3 Stimmen dagegen (Bittner, Lessing, Peemöller)
angenommen.**

Die CDU-Fraktion beantragt die Einnahmen aus den Verkäufen des B-Planes Nr. 113 (Wilstedter Straße) der Rücklage zuzuführen. Diese Mittel werden angesammelt, um die Jugendstiftung zu finanzieren.

**Der Antrag wird mit 6 Stimmen dafür
bei 4 Stimmen dagegen (Bittner, Lessing, Peemöller,
angenommen. Schäfer)**

angenommen.

Die Ausschussmitglieder sind sich darin einig, den Ausgabenetat für die Anschaffung eines Kleintraktors (Grundschule Ulzburg) mit einem Sperrvermerk zu versehen. Die Freigabe der Mittel soll erst nach Beratung über den Privatisierungsbericht erfolgen.

Aufgrund der unsicheren Einnahmesituation beim Verkauf von Gewerbeflächen wird vorgeschlagen, zur nächsten Sitzung eine zeitliche Rangfolge der Investitionen innerhalb des Haushaltsjahres 2004 festzulegen, damit über das Instrument der Haushalts-



sperre die Ausgaben laufend dem Stand der tatsächlich fließenden Einnahmen angepasst werden können.

Beschluss:

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss erkennt den Entwurf des Investitionsplanes und damit des Vermögenshaushaltes für den Durchführungszeitraum 2004-2007 mit den von der Verwaltung aufgeführten Maßnahmen unter Berücksichtigung vorstehend beschlossener Änderungen an.

Die Veränderungen sind als Haushaltsansatz in den Entwurf des Vermögenshaushaltes 2004 aufzunehmen; sodann erfolgt die abschließende Beratung im Finanz- und Wirtschaftsausschuss.

Im Investitionsplan 2004 – 2007 sind die vorstehend beschlossenen Streichungen bzw. zeitlichen Verschiebungen vorzunehmen.

Beschlussfassung:

**6 Stimmen dafür
4 Stimmen dagegen (Bittner, Lessing, Peemöller, Schäfer)**

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

„Unterrichtungen / Anfragen“

Herr Schäfer von der WHU-Fraktion hat Herrn Bürgermeister Dornquast per elektronischer Post einen Fragenkatalog zugesandt. Bürgermeister Dornquast trägt diesen in der Sitzung mündlich vor, nimmt jeweils Stellung und beantwortet die Fragen.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Es werden keine Fragen vorgetragen.

gez. Michael Meschede
(Ausschussvorsitzender)

gez. Bärbel Brix
(Protokollführerin)

gesehen: gez. Volker Dornquast
(Bürgermeister)